

Der Präsident

HDE e.V. | Am Weidendamm 1A | 10117 Berlin

Bundesministerium der Finanzen
Herrn Bundesminister Lars Klingbeil
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

E-Mail: lars.klingbeil@bmf.bund.de

Handelsverband
Deutschland (HDE) e.V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

hde@einzelhandel.de
www.einzelhandel.de

Kontakt

Stefan Genth
T +49 30 726250-10
F +49 30 726250-99
genth@hde.de

**Sitzung des ECOFIN-Rats am 20. Juni 2025 | Drittstaaten-
plattformen**

27.05.2025

Sehr geehrter Herr Bundesminister Klingbeil,

im Vorfeld der kommenden Sitzung des ECOFIN-Rats am 20. Juni 2025 wenden wir uns mit der dringenden Bitte an Sie, zusammen mit den Finanzministern der anderen EU-Mitgliedstaaten ein entschlossenes Zeichen gegen die Paketflut insbesondere aus China zu setzen.

Alleine im Jahr 2024 wurden 4,6 Milliarden Pakete aus Drittstaaten, davon 91% aus China mit einem Warenwert von jeweils unter 150,- EURO pro Sendung an Endkonsumenten in die Europäische Union versandt. Die verkauften Produkte entsprechen oft nicht unseren Produktsicherheitsbestimmungen und gefährden die Verbraucher.

Die EU-Kommission hat im Februar in Ihrem Papier „A comprehensive EU toolbox for safe and sustainable e-commerce“ (COM (2025) 37 final 05.02.2025) eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet, die Paketflut an Direktsendungen von insbesondere chinesischen Plattformen und Händler direkt an Kundinnen und Kunden in der EU wirksam zu kontrollieren und eine Einhaltung unseres Regelwerkes durchzusetzen.

Die Analyse der EU-Kommission bestätigt die seitens des HDE, seines europäischen Dachverbandes EuroCommerce und der gesamten Branche immer wieder vorgetragenen Kritik am unfairen Geschäftsgebahren der chinesischen Plattformen.

Es kann nicht sein, dass die Unternehmen in der EU, die alle Bestimmungen einhalten müssen, am Ende die Dummen sind, weil ihre Konkurrenz aus China nicht auf die Einhaltung der EU-Normen kontrolliert werden kann und auch nicht wird.

Durch die Abschaffung der DeMinimis-Grenze von 800,-- US-Dollar und Verzollung ungeachtet des Warenwertes sowie zusätzlich der Erhebung einer Bearbeitungsgebühr auf jede Sendung, setzt die US-Regierung ein entschlossenes Signal gegen die Paketflut.

Die US-Zollpolitik hat deutliche Auswirkungen auf den europäischen Binnenmarkt. Sichtbar ist, dass insbesondere TEMU und SHEIN sich deutlich gen Europa orientieren, weil der US-Markt für diese Unternehmen aufgrund der US-Zollpolitik uninteressant geworden ist.

Bereits in den ersten zwei April-Wochen hat Temu 31 Prozent weniger für tägliche Werbeschaltung auf Facebook, Instagram, Tiktok, Snapchat, X und Youtube ausgegeben als in den vorangegangenen 30 Tagen, berichtet die *New York Times* in Berufung auf das Marktforschungsunternehmen Sensor Tower. Die täglichen Werbeausgaben für Social-Media-Schaltungen von Shein seien im selben Zeitraum um 19 Prozent zurückgegangen.

Am 5. April hat Temu laut der Marketingfirma Tinuiti 19 Prozent aller US-Anzeigen auf Google Shopping ausgemacht, eine Woche später ist diese Zahl auf null gefallen. Shein sei währenddessen bis zum 16. April von 20 auf null Prozent gefallen. TEMU hat seine APP bereits aus dem Google-APP-Store in den USA zurückgezogen.

Stattdessen schalten diese Unternehmen signifikant mehr digitale Werbung in Europa. Es ist offensichtlich, dass die chinesischen Unternehmen den EU-Binnenmarkt nunmehr als Hauptabsatzmarkt für ihre Produkte identifiziert haben.

Nicht nur der Handel ist betroffen, sondern auch die vielen tausend Zulieferunternehmen, die ihre Waren nicht mehr in Europa absetzen können - sie sind einem unfairen Wettbewerb ausgesetzt - und mit Umsatzrückgängen bis zu 60% zu kämpfen haben. Der Handel bleibt folglich auf den zu deutlich höheren Preisen produzierten Waren sitzen.

Wir fordern Sie und Ihre europäischen Amtskollegen auf, im ECOFIN-Rat am 20. Juni 2025 ein entschlossenes Zeichen gegen die Paketflut sowie die zigtausenden nicht verkehrsfähigen Produkte aus China zu setzen.

Wir brauchen endlich eine konsequente Durchsetzung des geltenden Rechts gegenüber Drittstaatenhändlern. Wir haben hier ein Vollzugs- und kein Regelungsdefizit. Um dieses zu beheben, gilt es die 150-Euro-Zollfreigrenze unverzüglich zu streichen.

Ein Teil der Lösung kann auch eine Bearbeitungsgebühr von zwei Euro pro Paket sein, wie es die EU-Kommission bereits vorgeschlagen hat. Dabei muss jedoch sichergestellt sein, dass diese Gebühr ausschließlich auf Sendungen aus Ländern von außerhalb der EU erhoben wird und nur Waren betrifft, die direkt an die Endkunden versendet werden. Ansonsten könnte das die internationalen Einkäufe der heimischen Handelsunternehmen verteuern.

Zudem bedarf es einer Ertüchtigung des deutschen Zolls sowie einer besser koordinierten Marktüberwachung zwischen Bund und Ländern.

Wir brauchen bundeseinheitliche Verfahren zur Probenziehung und umfassende Testkäufe durch eine zentrale staatliche Stelle. Eine strengere Umsetzung des Digital Services Act ist ebenso vonnöten wie die Initiative zur Schaffung einer Clearingstelle zur schnellen Sperrung rechtsverletzender Plattformen.

Die Instrumente zur Wiederherstellung eines Level Playing Field mit Temu & Co. liegen auf dem Tisch. Es muss jetzt ein entschlossenes Zeichen gegen die Paketflut mit nicht verkehrsfähigen Produkten gesetzt werden.

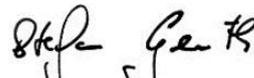
Wir können nicht warten, bis 2028 oder später die EU-Zollreform umgesetzt wird. Die europäischen Verbraucher und der europäische Handel benötigen jetzt Ihr entschlossenes Handeln.

Gerne stehen wir Ihnen jederzeit für einen weiteren Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Alexander von Preen
Präsident



Stefan Genth
Hauptgeschäftsführer